

## **Presseinformation**

224/2011

Kiel, 23. Juni 2011

### **Antje Jansen: „Keine Rede von Häppchen und Schnäppchen bei der Defusionsempfehlung des Wissenschaftsrats.“**

**Kiel.** DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag sieht in einer organisatorischen Trennung der Unistandorte Kiel und Lübeck, die der Wissenschaftsrat anregt, das Einfallstor für eine Privatisierung des UKSH. Eine Defusionierung ist für sie nur unter der Voraussetzung denkbar, dass ihr keine Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) oder die Umwandlung der Uni Lübeck in eine Stiftungsuniversität folgt.

„Der Wissenschaftsrat hat die Fusion der Kliniken in Kiel und Lübeck zum UKSH für gescheitert erklärt. Er hat sich mit seiner Empfehlung das Universitätsklinikum zu defusionieren aber keineswegs für eine marktgerechte Zerlegung und Portionierung des UKSH ausgesprochen“, sagt Antje Jansen, stellvertretende Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Landtagsfraktion.

„Insbesondere der Medizinausschuss, als zentrales Gremium für wichtige Richtungs- und Finanzentscheidungen, hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Überlegungen zu einer Defusionierung von Kiel und Lübeck sind deshalb zwar nachvollziehbar, dürfen aber ausschließlich in Verbindung mit der Stärkung und Ausfinanzierung der jeweiligen Standorte diskutiert werden – Privatisierung dabei immer ausgeschlossen!“

Die Landesregierung wolle den Verkauf des UKSH um jeden Preis durchdrücken, obwohl Beispiele wie Hessen zeigten, dass durch die Privatisierung eines Universitätsklinikums automatisch Rentabilitätswänge und Wirtschaftlichkeitsdruck die Oberhand gewinnen.

„DIE LINKE spricht sich konsequent für den Erhalt des UKSH in öffentlicher Hand aus. Eine Privatisierung gefährdet sowohl die Standards in der medizinischen Maximalversorgung, als auch die Funktion des Klinikums in der Forschung und Lehre.“